

## **Gesellschaft/Frauen/Prostitution**

### **Sexarbeiterinnen fehlen Gewerkschaften: Gleichstellung mit anderen Berufen gefordert**

Kiel (epd). Die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von Sexarbeit mit anderer Erwerbsarbeit hat die Leiterin der Bochumer Beratungsstelle für Prostituierte "Madonna", Mechthild Eickel, gefordert. Erwerbstätige werden von Gewerkschaften, Kammern oder Berufsverbänden unterstützt. Nur wenn auch bei der Prostitution Tarifparteien oder Interessensvertretungen Arbeitsbedingungen festlegten, "kann ein Missverhältnis festgestellt und beendet werden", sagte Eickel auf einer Fachtagung am Donnerstag in Altenholz bei Kiel.

Für Prostituierte gebe es spezialisierte Beratungseinrichtungen von Kirchen oder freien Trägern, so Eickel vor über 100 Tagungsteilnehmern. Die Themen seien hier meistens Gewalt, Ausstieg oder Krankheiten. Informationen, die Sexarbeiterinnen brauchen, um sich einen sicheren Arbeitsplatz und Teilhabe an den Rechten anderer Erwerbstätiger zu erobern, würden selten angeboten. Die Tagung "Prostitution in Schleswig-Holstein" wurde von der Kieler Beratungsstelle "Contra" und dem Frauenwerk der evangelischen Nordkirche organisiert.

Die Berliner Prostituierte "Marleen" (23) beklagte gegenüber epd, dass in der Gesellschaft Prostitution überwiegend mit Zwangsprostitution gleichgesetzt werde. Sie arbeite freiwillig, sagte die Studentin, die für zwei Stunden Begleitung und erotische Zweisamkeit bis zu 300 Euro verlangt. "Ich wollte das schon als Teenager machen", betonte sie. Sie dürfe neben der Bafög-Unterstützung höchstens 400 Euro im Monat dazuverdienen. "Marleen" lebt nach eigenen Angaben in einer festen Beziehung, ihr Freund sei mit ihrem Job einverstanden.

Schleswig-Holsteins Sozialministerin Kristin Alheit (SPD) verwies auf das Gesetz von 2002, demzufolge in Deutschland die Prostitution nicht mehr sittenwidrig ist. Das Prostitutionsgesetz sei aber hinter den Erwartungen zurückgeblieben und habe Zwangsprostitution nicht verhindern können. Um weitere Kenntnisse über die Opfer von Menschenhandel im nördlichsten Bundesland zu gewinnen, werde der Rat für Kriminalitätsverhütung in Kürze einen Arbeitskreis "Menschenhandel und Ausbeutung in der Prostitution" ins Leben rufen. Insbesondere sollen die Zugänge zu den Opfern von Menschenhandel verbessert werden.

Nach Angaben der Kieler Hauptkommissarin Silke Dörner von der Ermittlungsgruppe Milieu gibt es in der Landeshauptstadt vier "Laufhäuser" mit 120 Zimmern und 40 Prostituierten-Wohnungen. Es werde für die Prostituierten immer schwerer, die tägliche Miete von bis zu 130 Euro für ein Zimmer zu bezahlen. Allein dafür müssten sie im Schnitt vier Freier bedienen. Es würden immer mehr

osteuropäische Frauen in der Prostitution arbeiten. "Der Nachschub aus Osteuropa ist sehr groß."  
Die Polizei schätzt die Zahl der Prostituierten in Kiel auf rund 250.

Der Schleswiger Bischofsvertreter Gothart Magaard beklagte, dass Anlaufstellen für Prostituierte wie das Hamburger "Sperrgebiet" in Schleswig-Holstein weitgehend fehlten. Weiter verwies er auf die unaufgebbare christliche Grundüberzeugung, "dass Menschen ihre Menschenwürde nicht verlieren können".

epd hs tm

# epd-Service